Jugendparlament debattiert über Politische Bildung an der Schule

---

1. Ausschusssitzung: Fraktionen stehen einer Ausweitung des Fachbereichs positiv gegenüber - unterschiedliche Ansätze zur organisatorischen Ausgestaltung

Wien (PK) – Tenor in der ersten Ausschusssitzung des heutigen Jugendparlaments war, dass ein Ausbau der Politischen Bildung im Schulunterricht grundsätzlich sinnvoll ist. Ob dazu ein eigenes Fach eingeführt werden oder innerhalb des Geschichteunterrichts mehr Gewicht darauf gelegt werden soll, darüber gingen die Meinungen der Fraktionen auseinander. Als Debattengrundlage diente den Ausschussmitgliedern eine Regierungsvorlage mit der Politische Bildung als eigenes Pflichtfach - losgelöst von Geschichte und Sozialkunde - ab der 8. Schulstufe eingeführt werden soll. Mindestens zwei Stunden pro Woche sind im Gesetzentwurf dafür vorgesehen. Mit dem verstärkten Vermitteln von Wissen über das politische System hofft die Regierung, das Interesse der Jugend an der Politik zu steigern und der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

Tatsächlich hätten Umfragen ergeben, hob Klub Türkis hervor, dass ein Großteil der Schülerinnen und Schüler – 83 Prozent – reges Interesse an Politischer Bildung zeigen. Es sei schlicht mehr Information in diesem Bereich nötig. LehrerInnen, die Politische Bildung unterrichten, müssten außerdem ein eigenes Studium dazu absolviert haben.

Ein konkret auf Politische Bildung fokussiertes Lehramtsstudium fand Klub Weiß ebenfalls zielführend, damit Lehrkräfte nicht ihre eigene politische Meinung im Unterricht verbreiten. Politische Bildung lediglich als Freifach einzuführen, sei wenig sinnvoll, da damit nur ohnehin bereits an der Politik interessierte SchülerInnen erreicht würden; es müsse aber allgemein mehr Wissen über das politische System verbreitet werden, meinte die Fraktion.

Die Fraktion Gelb stellte die Frage in den Raum, ob ein neues Fach Politische Bildung organisatorisch machbar ist. Eventuell würden auch themenspezifische Projektwochen zur Politischen Bildung ausreichen. Die Inhalte des Unterrichtsfachs Politische Bildung seien zu konkretisieren, um Schlussfolgerungen über die fachliche Aufteilung zu treffen, schlug Gelb vor.
Der Violette Klub wiederum sprach sich für eine Einbindung der Politischen Bildung in den Pflichtunterricht aus, wobei jedoch zu klären sei, ob es in der Kombination mit Geschichte verbleiben oder als Freifach unterrichtet werden sollte. Auch die Sinnhaftigkeit einer Benotung darin sei zu hinterfragen.
(Schluss)